

Antrag an den 7. Stadtparteitag des Stadtverbandes DIE LINKE. Magdeburg

Im Rahmen der öffentlichen Debatte um die zukünftige Entwicklung der Landeshauptstadt Magdeburg, spielen die grundsätzlichen Positionen zum Erhalt und Ausbau des öffentlichen Eigentums zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge eine zentrale Rolle.

In seinem Beschluss vom 1./2.09.2019 auf der Grundlage der Vorlage 087A 2019 fasste der Bundesvorstand den nachfolgenden Grundsatzbeschluss:

„Die Auseinandersetzung um die Rückgewinnung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleitungen hat große Bedeutung für die alltägliche Lebensqualität.

Besonders in Bereichen der Daseinsvorsorge und der Strukturen, die Zusammenhalt und das Gefühl einer „funktionierenden Gesellschaft“ vermitteln, haben Markt und Profit nichts verloren: Was für alle da ist, muss allen gehören.

Rekommunalisierung ist eine wichtige Form, öffentliches Eigentum und den Einfluss auf die öffentlichen Dienstleistungen zurückzugewinnen. Sie eignet sich daher gut als strategische Linie für LINKE Kommunalpolitik. Wir wollen damit Alternativen zur Privatisierung und zu den vorherrschenden Wirtschaftsmodellen wahrnehmbar machen.

Denn hier gibt es Mehrheiten dafür zu gewinnen, wie Bürgerbegehren und Volksabstimmungen gegen Privatisierung zeigen.“

Folgerichtig beschloss der Bundesvorstand **am 27. Oktober 2019 eine Rekommunalisierungs-Offensive!**

Die Initiative und Beschlussfassung haben ihre Grundlagen in den „Kommunalpolitischen Leitlinien“ der Partei DIE LINKE, beschlossen auf der 3. Tagung des 4. Parteitages.

Bezogen auf das kommunale Eigentum und die Aufgabenallzuständigkeit lesen wir dazu:

„2. Kommunale Daseinsvorsorge auch unter neuen Entwicklungsbedingungen gewährleisten

Die Ausweitung der Teilnahme an den politischen Partizipationsprozessen durch die Bürgerinnen und Bürger kann dauerhaft nur gelingen, wenn die sozialen Grundrechte verstärkt verwirklicht werden und die Sicherung eines bedarfsgerechten Niveaus der kommunalen Daseinsvorsorge zunimmt. Niemand darf aus sozialen, ökonomischen und finanziellen Gründen vom Grundrecht der politischen Einflussnahme ausgeschlossen werden. Denn gerade auf der kommunalen Ebene können Bürgerinnen und Bürger ihre Lebensqualität direkt beeinflussen. Insofern stellen die Stärkung der lokalen Demokratie und die Gewährleistung einer kommunalen Daseinsvorsorge in hoher Qualität für DIE LINKE eine wechselseitige Einheit dar.

Unser Grundsatz ist:

Zur Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen muss sich die kommunale Daseinsvorsorge an den Bedürfnissen der am meisten Benachteiligten orientieren. DIE LINKE setzt sich auf europa-, bundes-, landes- und kommunalpolitischer Ebene dafür ein, **dass Kommunen grundsätzlich über alle Angelegenheiten der kommunalen Daseinsvorsorge und der örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich entscheiden und die sich daraus ergebenden Aufgaben wahrnehmen können.“**

Im Rahmen der derzeitigen Veröffentlichungen und Diskussionen zu den unterschiedlichsten Drucksachen, bezogen auf die Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge, zum öffentlichen Eigentum und zur Positionierung der Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in den einzelnen Stadtquartieren, zeigen sich erhebliche Diskrepanzen hinsichtlich des Grundverständnisses zu öffentlichen Daseinsvorsorge und dem öffentlichen Eigentum, der Folgen des Zurückdrängens der öffentlichen Dienstleistungen und den Fragen der Nachhaltigkeit.

Antrag:

1. Der 7. Stadtparteitag des Stadtverbandes DIE LINKE.Magdeburg schließt sich der bundesweiten Kampagne zur Rekommunalisierung zur Rückgewinnung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen an.
2. Der Stadtvorstand wird aufgefordert bis zum Januar 2021, die konzeptionelle Untersetzung, außerparlamentarische und parlamentarische Aktionen und neue Formen des aktiven Disputs mit der Bevölkerung (Qualifizierung „Linkes Café, neue Formate des Bürgerdialogs, Foren, thematische Sitzungen des Stadtvorstandes usw.) vorzubereiten und zur Diskussion zu stellen.
3. Dazu ist eine erweiterte Basiskonferenz unter aktiver Beteiligung der Ratsfraktion DIE LINKE und dem Stadtvorstand vorzubereiten.